

Dies ist ein Aufruf, der sich an alle selbst von Repression und Ausgrenzung betroffenen oder solidarischen Menschen, an alle Kleingruppen und linken Zusammenhänge, Künstler_innen und Aktivist_innen wendet.

Gemeinsam gegen die Repressions- und Ausgrenzungsmaschinerie

Demonstration (bewilligt) // 20. März 2010 // 14h Landesmuseum Zürich

Repression und Ausgrenzung gegenüber allem, was vom neoliberal-folkloristischen Mainstream abweicht und nicht systemkonform ist, werden in der Schweiz immer mehr die Regel. Betroffen sind viele Bevölkerungsgruppen: von Migrant_innen, Arbeitslosen, IV- und Sozialhilfebezüger_innen bis hin zu Häuserbesetzer_innen, autonomen Bildungskreisen und Selbstbestimmung fordernden Studierenden. **Freiräume für Andersdenkende werden auf Vorrat geschlossen.** Deutliche Beispiele für diese Repression sind die Brachlegung der Besetzung Wehntalerstrasse und die Räumung der Autonomen Schule Zürich mit kostenlosen Deutschkursen für MigrantInnen am 7. Januar 2010, sowie die Schliessung des Pavillons von „unsereuni“ vom 20. auf den 21. Januar – allesamt unangekündigt. Dabei nehmen die Ausgrenzungsmechanismen zahlreiche Formen an. Immer öfter dominieren sie lautstark die Medien, im Alltag dagegen agieren sie unsichtbar, mittels gesetzlicher Verschärfungen und polizeilicher Kontrolle: durch Rayonverbote, Räumungen, Videoüberwachungen, Sozialinspektoren und Fichierungssysteme.

Repression, Isolation und Ausgrenzung sollen die Solidarität zwischen den vereinzelt Gruppen systematisch verhindern:

- Ob **Flüchtlinge, Migrant_innen und diejenigen, die ihnen beistehen**, mit Gesetzesverschärfungen in die Illegalität getrieben werden ...
- Ob gegen **IV- und Sozialhilfebezüger_innen** gehetzt und detektivisch gefahndet wird ...
- Ob die **alternativen Bildungsansätze** von „unsereuni“ oder der Autonomen Schule Zürich durch Raumentzug verunmöglicht werden sollen ...
- Ob **autonome, besetzte Kultur- und Wohnräume** auf Vorrat geräumt werden ...
- Ob ganze **Wohnquartiere** zu toten «Boomtowns» für Konzerne oder zu Zweitwohnungszone für Reiche umgewidmet werden ...

... immer wird im Namen einer vermeintlichen Mehrheit argumentiert, die ihren Wohlstand und ihr Ordnungssystem gegenüber «den Anderen» zu schützen habe. **Damit lenken die herrschenden Kräfte von den drängenden Problemen ab:** Die Wirtschaftskrise ist weder überwunden noch kann sie durch die Inszenierung des Krisenmanagements gelöst werden. Die entscheidenden Ursachen der Krise werden nicht beseitigt, die konzentrierte Macht der Banken und Finanzunternehmen, die gigantische Umverteilung des Reichtums zu den Konzernen und Vermögenden werden von den Regierungen nicht in Frage gestellt. Die Verluste werden durch massenhafte Entlassungen, verschärfte Prekarisierung und einen massiven Sozialabbau auf die Gesellschaft abgewälzt, womit sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung erheblich verschlechtern. Während die Armut seit Jahren ständig steigt, explodieren in Zürich gleichzeitig die Mieten und immer mehr Menschen werden aus der Stadt verdrängt.

Wir demonstrieren am 20. März um sichtbar zu machen: Wir lassen uns nicht zu „Minderheiten“ abstempeln. Wir tragen zum materiellen Reichtum der Gesellschaft bei, ohne gross davon zu profitieren. Statt Repression und Marginalisierung zu erdulden, zeigen wir, dass wir uns – als vermeintlich Randständige – mitten in der Gesellschaft befinden.

Alle, die sich eine andere Stadt in einer anderen Welt wünschen, alle, die sich dagegen wehren, dass Profite mehr zählen als Menschen, rufen wir dazu auf, **gemeinsam ihren Widerstand** gegen jegliche Art von Repression und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft **auf die Strasse zu tragen**.

Wir wollen Bildung für alle, ein Bleiberecht für alle. Wir wollen eine offene und kritische Universität, Kinderkrippen für alle, wir wollen günstige Wohnungen überall in der Stadt. Wir wollen ein menschenwürdiges Leben für alle, wir wollen politische und soziale Rechte für alle. Wir wollen Meinungsfreiheit, wir wollen Lehrstellen für Jugendliche (auch Sans-Papiers!) und würdige Arbeitsbedingungen für alle. **Her mit dem schönen Leben!**

Hintergründe

Alternative Bildungskultur und Wohnraum

Am 7. Januar 2010 wurde die Autonome Schule Zürich völlig überraschend durch ein massives Polizeiaufgebot geräumt. Damit wurde ein selbstverwaltetes Bildungsprojekt, das wegen der Deutschkurse für Sans-Papiers und Asylsuchende vor allem für Flüchtlinge essentiell war, stark beeinträchtigt. Gleichentags wurden in der besetzten Siedlung an der Wehntalerstrasse Strom und Wasser abgestellt. In der Nacht vom 20. auf den 21. Januar wurde der selbstorganisierte Pavillon der Bewegung Unsere Uni von der Universität unangekündigt gesperrt und von der Securitas abgeschirmt. Der Pavillon war im Anschluss an die Hörsaal-Besetzung vom vergangenen November zum wichtigen Treffpunkt jener Menschen geworden, die sich gegen die neoliberale Vermarktlichung des Bildungssystems wehren wollten. Die Mächtigen der «Boomtown» Zürich, die durch ihre Politik der «Aufwertung» und durch Immobilienspekulation eine fortschreitende Gentrifizierung («Seefeldisierung») Zürichs vorantreiben, sind offensichtlich nicht begeistert über die Erschaffung von autonomen, nicht kommerziell ausgerichteten Wohn- und Kulturräumen.

Flüchtlingsschicksale und Migration

Für Migrant_innen und Flüchtlinge ist die Repression besonders stark. Verfolgung, Verhaftungen und gewaltsame Ausschaffung gehören zum Alltag. Tausende abgewiesene Asylsuchende werden durch den Staat illegalisiert und unter das rigide Nothilfe-Regime gestellt. Sie dürfen nicht arbeiten, wohnen zusammengepfercht in Notunterkünften und leben mit 8.60 Franken pro Tag in Form von Migros-Gutscheinen. Wenn sie auf der Strasse in eine polizeiliche Kontrolle kommen, können sie bis achtzehn Monate ins Gefängnis eingesperrt werden. Aber nicht nur abgewiesene Asylsuchende leiden unter der Illegalisierungspolitik. In der Schweiz leben gegen 300'000 Sans-Papiers – meist unter höchst prekären Arbeitsbedingungen. Sie sind das «Bodenpersonal der Globalisierung». Aber da sie keine Aufenthaltsbewilligung haben, können sie sich nicht wehren gegen Arbeitgeber, die ihre Notlage ausnutzen. Auch sie können jederzeit festgenommen und ausgeschafft werden. Diese Politik von Law and Order und die Praxis der sozialen Ausgrenzung werden immer mehr auch im gesetzlichen Rahmen verankert. Weitere Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht sind bereits geplant, und die Ausschaffungsinitiative der SVP steht an.

Arbeitslosigkeit, IV-, Sozialhilfe und Armut

Am Pranger der neoliberalen Politik stehen auch die angeblichen Profiteure der Invalidenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der «Sozialhilfe». Jugendliche müssen mit ansehen, dass ihre Perspektiven immer mehr eingeschränkt werden. Lehrstellen fehlen, Stipendien für das Studium werden gekürzt. Es sind wenige Jobs und fast keine erschwinglichen Wohnungen vorhanden. Sozialhilfebezüger_innen werden jetzt von Detektiven beobachtet. Personen mit einer Behinderung müssen damit rechnen, dass sie als Betrüger und Delinquente abgestempelt werden. Erwerbslose haben mit der neusten Revision der Arbeitslosenversicherung weitere Kürzungen und Verschärfungen zu erwarten – und werden weiterhin für ihre Arbeitslosigkeit schuldig gemacht. Viele werden nie wieder vom regulären Arbeitsmarkt aufgenommen und stattdessen in billige Beschäftigungsprogramme und prekäre Arbeiten gesteckt.

Unter Ausgrenzung und Abbau des Sozialstaats leiden viele Menschen in der Schweiz. Nach Schätzungen der Caritas ist jede zehnte Person von Armut betroffen – zwischen 700'000-900'000 Menschen. Die Verarmung und Ausgrenzung betrifft besonders Migrant_innen, alleinerziehende Mütter, Frauen, Jugendliche und Kinder. Armut in der reichen Schweiz! In einem Land, in dem knapp 3 Prozent der Steuerpflichtigen über mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens verfügen. Mit einer Steuerpolitik, die auf ihre Interessen ausgerichtet ist, sorgen sie für eine weitere Umverteilung von unten nach oben.